

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

3/2020

**Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner
Wertschöpfungskomponenten in Stuttgart und den
anderen Stadtkreisen Baden-Württembergs**

Über die zunehmende Polarisierung der Stuttgarter
Wählerschaft: Erkenntnisse aus den vergangenen
Wahltagsbefragungen

Die Leitung der Abteilung „Bevölkerung und Wahlen“
wurde mit Uwe Dreizler neu besetzt

Divergierende Problemwahrnehmung in Abhängigkeit
vom Einkommen

Veröffentlichungen zu den Themen



Aktuelle Grafik:	
Über die zunehmende Polarisierung der Stuttgarter Wählerschaft: Erkenntnisse aus den vergangenen Wahltagsbefragungen	55
<hr/>	
Kurzinformation:	
Die Leitung der Abteilung „Bevölkerung und Wahlen“ wurde mit Uwe Dreizler neu besetzt	56
<hr/>	
Kurzbericht:	
Divergierende Problemwahrnehmung in Abhängigkeit vom Einkommen	57
<hr/>	
Hauptbeitrag:	
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Wertschöpfungskomponenten in Stuttgart und den anderen Stadtkreisen Baden-Württembergs	62
<hr/>	
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite
<hr/>	

Impressum:

Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 3/2020

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 37, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-98587, Telefax 0711 216-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
Internet: www.stuttgart.de/statistik

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Über die zunehmende Polarisierung der Stuttgarter Wählerschaft: Erkenntnisse aus den vergangenen Wahltagsbefragungen

Dr. Till Heinsohn

In der Politikwissenschaft beschreibt der Begriff der Polarisierung die Aufspaltung der Gesellschaft in zwei politische Lager. Die normative Bewertung einer solchen politischen Polarisierung geht dabei nicht selten auseinander. Auf der einen Seite droht das mahnende Beispiel der Weimarer Republik, zu deren Scheitern die zunehmende politische und gesellschaftliche Polarisierung einen maßgeblichen Beitrag geleistet hat. Auf der anderen Seite steht das scheinbare Verschwimmen politischer Lager und das Angleichen politischer Positionen, welche als ursächlich für ein um sich greifendes politisches Desinteresse und eine fortschreitende Gleichgültigkeit angesehen werden.

Die Grafik stellt die mittlere politische Verortung der Stuttgarter Wählerinnen und Wähler nach gewählten Parteien im Zeitverlauf dar. Die Datengrundlage hierfür bilden die vergangenen Wahltagsbefragungen. In repräsentativen Wahllokalen werden per Zufallsauswahl ermittelte Wählerinnen und Wähler nach dem Verlassen des Wahllokals gebeten, ihre soeben getroffenen Voten anzugeben und sich (u.a.) hinsichtlich ihrer politischen Ansichten auf einer Skala zwischen 0 (links) und 10 (rechts) zu verorten. Die in der Grafik abgetragenen Mittelwerte werden von 95 %-Konfidenzintervallen flankiert. Diese Intervalle geben über die Präzision der auf Basis von Stichproben (Wahltagsbefragungen) geschätzten Lage der Mittelwerte Auskunft. Die gewählten Intervallgrenzen umschließen dabei in 95 Prozent der Fälle den wahren Mittelwert in der Grundgesamtheit.

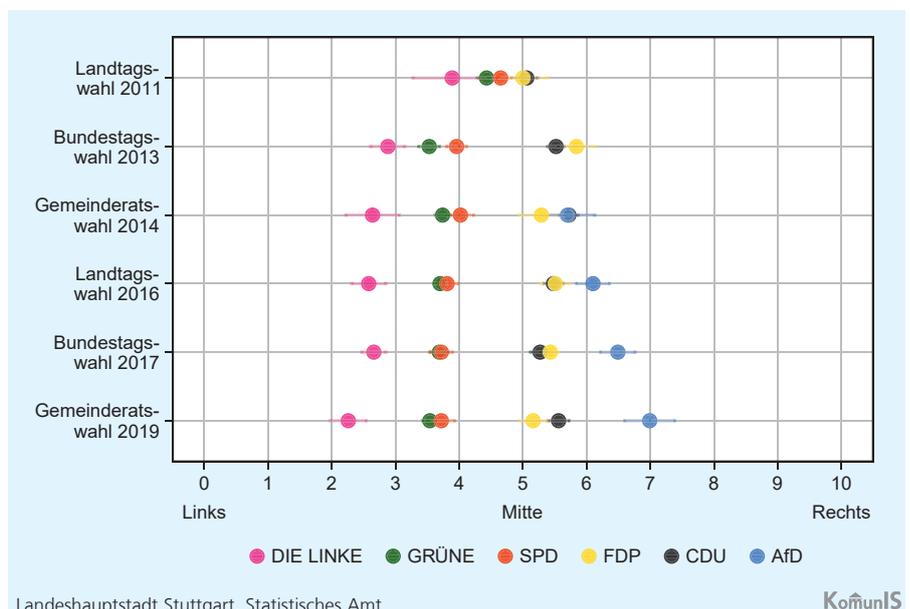
Bei der Landtagswahl 2011 verorten sich die Wählerinnen und Wähler der fünf großen Parteien (damals noch ohne die AfD) hinsichtlich ihrer politischen Ansichten im Mittel sehr dicht beieinander. Ein signifikanter Unterschied zwischen den Unterstützern von CDU, FDP, SPD und GRÜNEN ist hier kaum auszumachen. Einzig die

Wählerinnen und Wähler der LINKEN scheinen sich im politischen Raum etwas weiter links zu verorten. Preisen wir hier aber die Grenzen des entsprechenden 95 %-Konfidenzintervalls mit ein, so relativiert sich dieser vermeintliche Mittelwertunterschied. Bei der Bundestagswahl 2013 zeigt sich bereits ein ganz anderes Bild (ebenfalls noch ohne die AfD, welche zu diesem Zeitpunkt zwar bereits zur Wahl stand, aber in der Wahltagsbefragung noch nicht gesondert als Partei abgefragt wurde). Mit Blick auf die Unterstützer der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD auf der einen Seite, und die der CDU und der FDP auf der anderen Seite, lassen sich hier nicht nur deutliche Mittelwertunterschiede ausmachen. Es sind auch zwei politische Lager zu erkennen. Dieses Bild verfestigt sich in den darauffolgenden Wahlen.

Dem Lager aus FDP und CDU treten bei der Gemeinderatswahl 2014 die Wählerinnen und Wähler der AfD bei. Diese wird bei der Wahltagsbefragung inzwischen als gesonderte Partei aufgeführt. Dabei überlagert sich die mittlere politische Einstellung der Unterstützer von AfD und CDU – die Wählerinnen und Wähler der LINKEN

rücken etwas nach links und setzen sich damit ein Stück weit vom gemäßigten linken Lager ab. Mit der Landtagswahl 2016 nimmt ein weiterer Polarisierungsprozess seinen Anfang. Während sich in dem inzwischen aufgefächerten linken Lager bei den Mittelwerten relativ wenig tut, fächern nun die Unterstützer der AfD das rechte Lager auf. Im Kontext der Bundestagswahl 2017 rücken die Wählerinnen und Wähler der AfD sogar noch weiter nach rechts. Diese Entwicklung erreicht bei der Gemeinderatswahl 2019 ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Wählerinnen und Wähler des gemäßigten linken und rechten Lagers grenzen sich weiterhin deutlich voneinander ab. Nach einem weiteren Linksruck der Unterstützer der LINKEN, und einem weiteren Rechtsruck der Unterstützer der AfD, ist die Spannweite zwischen den extremen Vertretern beider Lager aber noch größer als zuvor. Offensichtlich haben wir es also nicht nur mit einer stabilen Polarisierung der jeweils gemäßigten Lager links und rechts der Mitte zu tun. Die äußeren Ränder des linken und rechten Lagers driften von Wahl zu Wahl weiter auseinander.

Abbildung: Wo würden Sie Ihre politischen Ansichten einstufen?



Die Leitung der Abteilung „Bevölkerung und Wahlen“ wurde mit Uwe Dreizler neu besetzt

Franz Abele



56 Neuer Leiter der Abteilung Bevölkerung und Wahlen im Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart ist Uwe Dreizler. Die Abteilung umfasst das Sachgebiet „Wahlen und Finanzstatistik“ mit der Organisation und Durchführung der Gemeinde- und Parlamentswahlen und Abstimmungen sowie die Sachgebiete „Bevölkerung und Bildung“, „Personal- und Sozialstatistik“ und „Geografische Informationen“.

Herr Uwe Dreizler wurde 1969 in Plochingen geboren. Nach dem Abitur und dem Grundwehrdienst absolvierte er das Studium des gehobenen Verwaltungsdienstes an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Ludwigsburg, das er 1994 mit der Prüfung zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) abschloss. Anschließend studierte er ab 1994 an der Universität Stuttgart Geografie mit der Vertiefungsrichtung Geoinformationssysteme. In der Diplomarbeit beschäftigte er sich mit der Erstellung eines GIS-Moduls zur Beschreibung

von Stadtstrukturen und schloss das Studium 1999 als Diplom-Geograf ab.

Anschließend begann Herr Dreizler seine berufliche Laufbahn in einem IT-Systemhaus, wo er als Projektleiter in der Datenbankentwicklung u. a. mit der Einführung und dem Betrieb von Netzinformationssystemen bei Energieversorgern betraut war.

Im März 2006 trat Herr Uwe Dreizler als Leiter des Sachgebiets Geografische Informationen beim Statistischen Amt der Landeshauptstadt ein. Dort war ihm, neben den laufenden Aufgaben, die Weiterentwicklung der Verfahren zur GIS-gestützten Raumanalyse, die Optimierung der datenbankbasierten Datenhaltung sowie der Ausbau kleinräumiger Monitoringverfahren ein besonderes Anliegen. Zum Aufgabenbereich gehörte auch die Konzeption, Organisation und Leitung der IT-gestützten Abläufe bei Wahlen und Abstimmungen.

Ab Dezember 2017 übernahm Herr Dreizler die Leitung des Sachgebiets Verkehrsstatistik und Statistische Methoden. Zum Aufgabengebiet in dieser Funktion gehörte die Beschaffung, Aufbereitung und Analyse verkehrsbezogener Datenquellen, die Mitbetreuung von Ausbau und Betrieb des Datawarehouse des Statistischen Amtes sowie die Anwendung und Weiterentwicklung mathematischer und statistischer Methoden einschließlich der Anwenderberatung. Im Mittelpunkt stand dabei die laufende systematische Analyse der Kraftfahrzeugdaten der Stadt Stuttgart, deren Bedeutung in den letzten Jahren mit der Intensivierung der Anstrengungen um die Luftreinhaltung (Feinstaub, Dieselfahrzeuge, CO₂ etc.)

stark angewachsen ist. Durch die Erschließung der entsprechenden Daten der angrenzenden Nachbarkreise der Region Stuttgart werden in naher Zukunft die Auswertungsmöglichkeiten entscheidend erweitert, da verkehrsgeografische Verflechtungen nicht an der Stadtgrenze enden.

Darüber hinaus oblag Herrn Dreizler auch die Durchführung von Wahlauswertungen, insbesondere die Erstellung von Wählerwanderungsanalysen und die Beratung bei der Formulierung des Lastenhefts für die Beschaffung neuer Wahlsoftware.

Mit der Übertragung der Leitung der Abteilung Bevölkerung und Wahlen weitet sich der Verantwortungsbereich von Herrn Dreizler nochmals in erheblichem Umfang aus. Während der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen besteht neben der Organisationsverantwortung auch Führungsverantwortung für bis zu 60 zusätzliche befristete Beschäftigte. Analysen und Prognosen der fachstatistischen Bereiche der Abteilung haben oft direkten Einfluss auf die Entscheidungen von Fachverwaltungen und politischen Gremien, da sie als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. Nach eigener Aussage möchte Herr Dreizler nicht nur die wichtigen Daueraufgaben der Sachgebiete, wie die Organisation und Analyse von Wahlen, sondern auch die Bevölkerungs-, Sozial-, Kriminal- und Finanzstatistik inhaltlich weiter vorantreiben. Ihn reizt es auch, mit seinen fundierten Kenntnissen im GIS- und IT-Bereich zur Innovationsförderung und Qualitätssteigerung beizutragen und sie für eine weitere Verbesserung der Arbeitsabläufe einzusetzen.

Divergierende Problemwahrnehmung in Abhängigkeit vom Einkommen

Dr. Till Heinsohn

Alle zwei Jahre liefert die Stuttgarter Bürgerumfrage Einblicke in die Einstellungen und Meinungen der Stuttgarter Stadtbevölkerung. Dem Anspruch der Repräsentativität folgend wurden im Jahr 2019 aus der Grundgesamtheit der über 18 Jahre alten Bürgerinnen und Bürger 9415 Personen zufällig ausgewählt und mit der Bitte um freiwillige Teilnahme kontaktiert. Insgesamt 3863 Personen sind diesem Aufruf gefolgt und haben sich an der Umfrage beteiligt. Dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 41 Prozent. Unter anderem werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Befragung dazu angehalten, ihre persönliche Einschätzung zu einer Reihe vordefinierter Problemlagen abzugeben. Hierbei stehen fünf Antwortoptionen zur Auswahl. Diese reichen von „überhaupt kein Problem“ bis „sehr großes Problem“. Die vordefinierten Problemlagen umfassen sechs Bereiche:

Mobilität
Umwelt & Öffentlicher Raum
Wohnen
Soziales, Integration & Chancengleichheit
Politische Einstellungen & Kriminalität
Kommunale Abgaben & Versorgung

Die im Zuge der Bürgerumfrage gewonnenen Erkenntnisse dienen den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern und der Stadtverwaltung seit vielen Jahren als verlässliche Quelle und bilden eine Grundlage, um auf

Stimmungen in der Bevölkerung und wahrgenommene Probleme passgenau zu reagieren.

Der bisherige Schwerpunkt der Berichterstattung lag zum einen auf der divergierenden Wahrnehmung von Problemlagen im Zeitverlauf und zum anderen auf der Differenzierung der größten Probleme nach Altersgruppen (Schöb 2020). Gleichwohl ermöglichen die in der Bürgerumfrage erhobenen Informationen eine weitere Ausdifferenzierung der Problemlagen nach soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen. Entsprechend liegt der Fokus dieses Beitrages auf der unterschiedlichen Problemwahrnehmung in Abhängigkeit vom Einkommen. So ist davon auszugehen, dass Personen unter der Armutsgefährdungsschwelle bestimmte Problemlagen anders bewerten, als dies Personen tun, die mit ihrem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Solche Einblicke sind möglich, da die Bürgerumfrage auch Informationen über die Höhe des gesamten Nettoeinkommens des Haushalts pro Monat erhebt. Die Herausforderung besteht in der Folge darin, die Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen im Verhältnis zur gewichteten Haushaltsgröße – also der Anzahl aller Haushaltsmitglieder – darzustellen.

Die hier vorgenommene Gewichtung erfolgt über die in Europa am häufigsten genutzte neue oder modifizierte OECD-Skala. Demnach erhält die befragte Person den Wert 1. Jeder weiteren Person im Haushalt ab 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,5 und jeder Person unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeschrieben (Goebel und Krause 2018: 59). Das Haushaltsnettoeinkommen wird in insgesamt 18 Klassen von „Unter 900 €“ bis „10 000 €

und mehr“ abgebildet. Der Mittelwert der angegebenen Klasse bildet den Zähler – die gewichtete Haushaltsgröße den Nenner. Am besten lässt sich dies anhand eines Beispiels veranschaulichen:

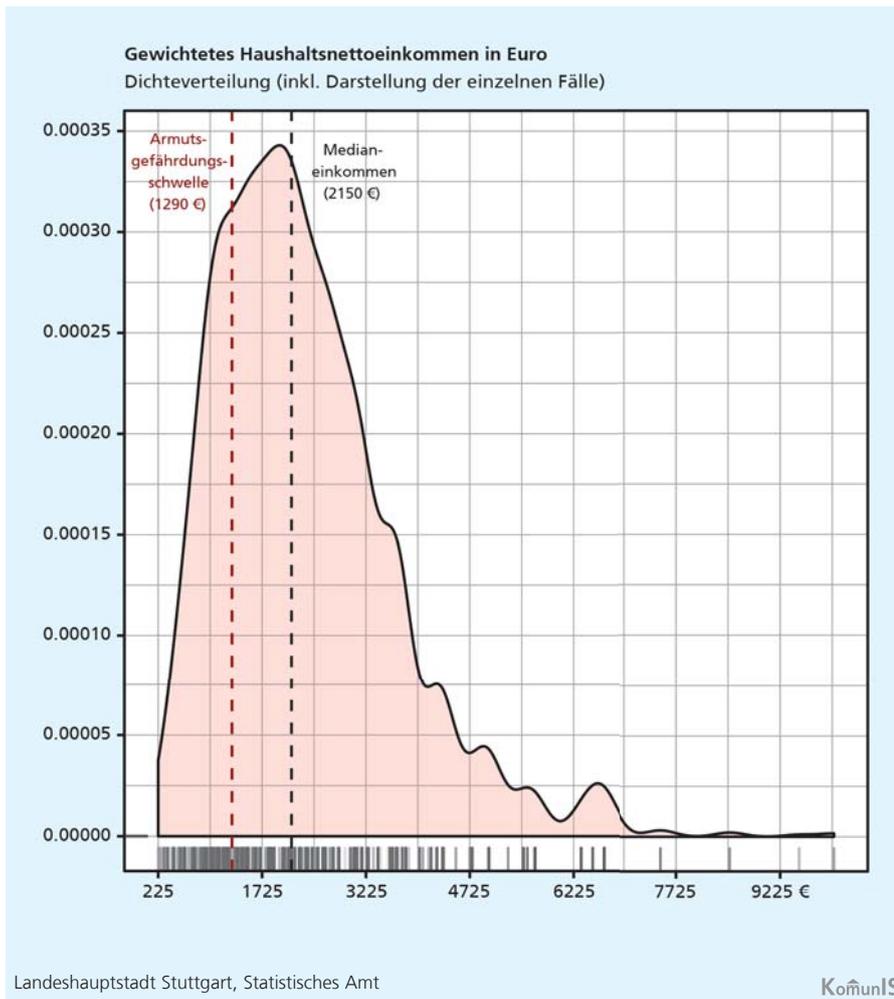
Eine befragte Person gibt an, dass in ihrem Haushalt drei weitere Haushaltsmitglieder leben. Zwei dieser Mitglieder sind 14 Jahre und älter, ein Mitglied ist unter 14 Jahren. Das gesamte Nettoeinkommen des Haushalts wird im Monat auf 2600 bis 2900 Euro beziffert.

$$\text{Gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen} = \frac{2750 \text{ €}}{2,3}$$

Gerundet ergibt sich daraus ein gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen von 1196 €.¹

Auf Basis der vorgenommenen Gewichtung des Haushaltsnettoeinkommens lässt sich nicht nur eine Dichteverteilung des Einkommens, sondern auch ein Medianeinkommen der befragten Personen in Stuttgart berechnen (vgl. Abbildung 1). Das Medianeinkommen – also die Einkommenshöhe, von der aus die Anzahl der Personen mit niedrigeren Einkommen gleich groß ist wie die Anzahl der Personen mit höheren Einkommen – beträgt 2150 €. Das Medianeinkommen kann wiederum herangezogen werden, um die Armutsgefährdungsschwelle zu berechnen. Die Armutsgefährdungsschwelle wird – entsprechend dem EU-Standard – bei 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten festgelegt. Personen, deren Äquivalenz-

Abbildung 1: Gewichtetes Haushaltseinkommen in Euro in Stuttgart 2019



58

einkommen unter diesem Schwellenwert liegt, werden als (relativ) einkommensarm eingestuft.²

In der im Rahmen der Bürgerumfrage 2019 gezogenen Stichprobe liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei 1290 € und betrifft 770 Personen. Dies entspricht einer Armutsgefährdungsquote von 21,8 Prozent. Die aktuellste vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Armutsgefährdungsquote für Stuttgart basiert auf dem Mikrozensus 2018 und beträgt 19,6 Prozent.³ Unter Berücksichtigung der auch im Mikrozensus vorherrschenden jährlichen Schwankungen liegen beide Werte sehr dicht beieinander. Für beide Befragungen (Stuttgarter Bürgerumfrage; Mikrozensus) gilt jedoch, dass bei der „Beantwortung der Frage nach dem Haushaltsnettoeinkommen (...) durch die Befragten vor allem solche Einkommensbe-

standteile berücksichtigt [werden], die einen relevanten Anteil am gesamten Haushaltseinkommen haben und regelmäßig eingehen, während unregelmäßige und geringere Einkommensanteile eher vergessen werden. Dadurch wird das Niveau der Haushaltsnettoeinkommen und damit auch der Äquivalenzeinkommen unterschätzt. Dies ist bei der Interpretation der Armutsgefährdungsschwelle zu beachten“.⁴

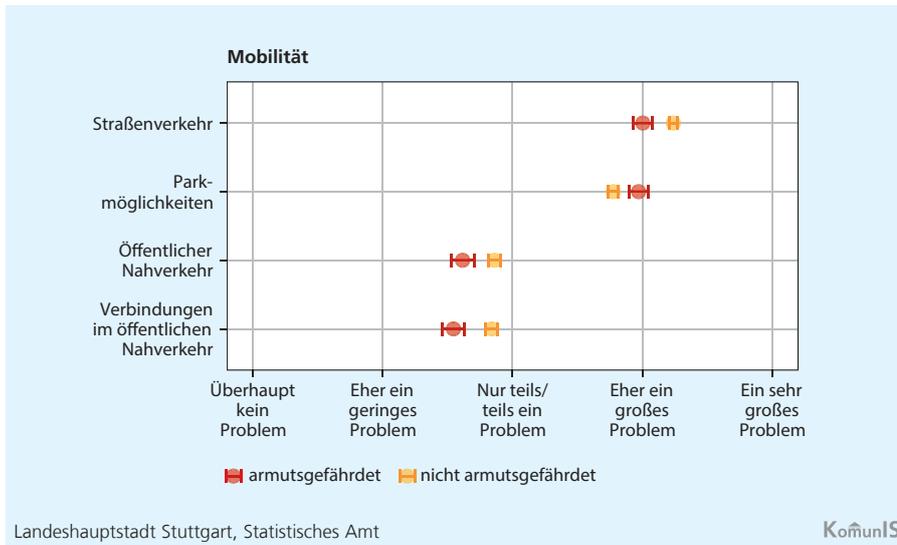
Dem eigentlichen Mittelwertvergleich vorangestellt stehen methodische Erläuterungen zu den in der Folge ausgewiesenen Konfidenzintervallen. Diese 95%-Konfidenzintervalle flankieren die Mittelwerte der Gruppen „Armutsgefährdet“ und „Nicht armutsgefährdet“. Da die nachfolgend präsentierten Erkenntnisse auf einer Stichprobe der Stuttgarter Bevölkerung basieren, wir aber auf Grund-

lage dieser Stichprobe Aussagen über die Gesamtbevölkerung in Stuttgart treffen wollen, bedienen wir uns einem Intervall, dass die Präzision der Lageschätzung der Mittelwerte angeben soll. Das 95%-Konfidenzintervall gibt den entsprechenden Bereich an, der – wenn man das Zufallsexperiment auf identische Art und Weise unendlich wiederholt – in 95 Prozent aller Fälle den tatsächlichen Mittelwert in der Grundgesamtheit einschließt. Die Schätzung von Mittelwerten mit Hilfe von Konfidenzintervallen hat gegenüber der alleinigen Ausgabe von Mittelwerten (Punktschätzern) den Vorteil, dass man an den mitgelieferten Konfidenzintervallen die Signifikanz ablesen kann. Überschneiden sich die Konfidenzintervalle der Mittelwerte („Armutsgefährdet“ vs. „Nicht armutsgefährdet“) können wir nicht von einem signifikanten Mittelwertunterschied zwischen den Gruppen in der Grundgesamtheit ausgehen. Überlappen sich die 95%-Konfidenzintervalle jedoch nicht, so ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit (95 %) anzunehmen, dass nicht nur in der Stichprobe, sondern auch in der Grundgesamtheit ein signifikanter Mittelwertunterschied zwischen dem armutsgefährdeten und dem nicht armutsgefährdeten Teil der Stuttgarter Gesamtbevölkerung existiert.

Mobilität

Die Mobilität stellt vor dem Hintergrund der Stuttgarter Kessellage einen Bereich dar, an dem sich die Gemüter von jeher erhitzen. Abbildung 2 bildet die Gruppenmittelwerte der unter dem Bereich der Mobilität zusammengefassten Problemlagen grafisch ab. Zunächst fällt auf, dass der Straßenverkehr und die Parkmöglichkeiten von der Gesamtbevölkerung als deutlich problematischer angesehen werden als der öffentliche Nahverkehr und die hier angebotenen Verbindungen. Mit Blick auf die gruppenspezifische Lageschätzung zeigen sich für alle vier abgefragten Problemlagen signifikante Mittelwertunterschiede. Demnach bewertet der nicht armutsgefährdete Teil der Bevölkerung den Straßenverkehr, den öffentlichen Nah-

Abbildung 2: Gruppenmittelwerte der unter dem Bereich „Mobilität“ zusammengefassten Problemlagen in Stuttgart 2019



verkehr und die dort angebotenen Verbindungen problematischer als der armutsgefährdete Teil der Bevölkerung. Dieser wiederum sieht in den Parkmöglichkeiten ein größeres Problem als dies die nicht einkommensarmen Stuttgarterinnen und Stuttgarter tun. Dieses Phänomen lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass dem einkommensstärkeren Personenkreis mutmaßlich häufiger ein privater Stellplatz zur Verfügung steht.

Umwelt & Öffentlicher Raum

Ein Bereich mit vergleichbarer Bedeutung stellt der Verbund aus Umwelt & Öffentlicher Raum dar. Dies spiegelt sich insbesondere in der Bewertung der Luftqualität und der Lärmbelastung wider. Gleichwohl offenbart die grafische Darstellung in Abbildung 3 keine signifikanten Mittelwertunterschiede hinsichtlich der Problembewertung der Luftqualität, der Lärmbelastung und der Einkaufsmöglichkeiten zwischen den betrachteten Gruppen. Ob nun unter oder über der Armutsgefährdungsschwelle – im Mittel fällt die Bewertung in beiden Gruppen nahezu identisch aus. Einzig mit Blick auf die gruppenspezifische Bewertung der Grün- und Parkanlagen offenbart sich ein signifikanter Mittelwertunterschied. Wenngleich auf niedrigem Niveau beurteilen die arbeitsgefährdeten Stuttgarterinnen und Stuttgarter die Situation rund um die städtischen Grün- und Parkanlagen schlechter. Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, dass Personen mit geringerem Einkommen stärker auf öffentliche Naherholungsgebiete angewiesen sind, während Personen mit einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle häufiger Rückzug im Privaten finden.

Abbildung 3: Gruppenmittelwerte der unter dem Bereich „Umwelt & Öffentlicher Raum“ zusammengefassten Problemlagen in Stuttgart 2019

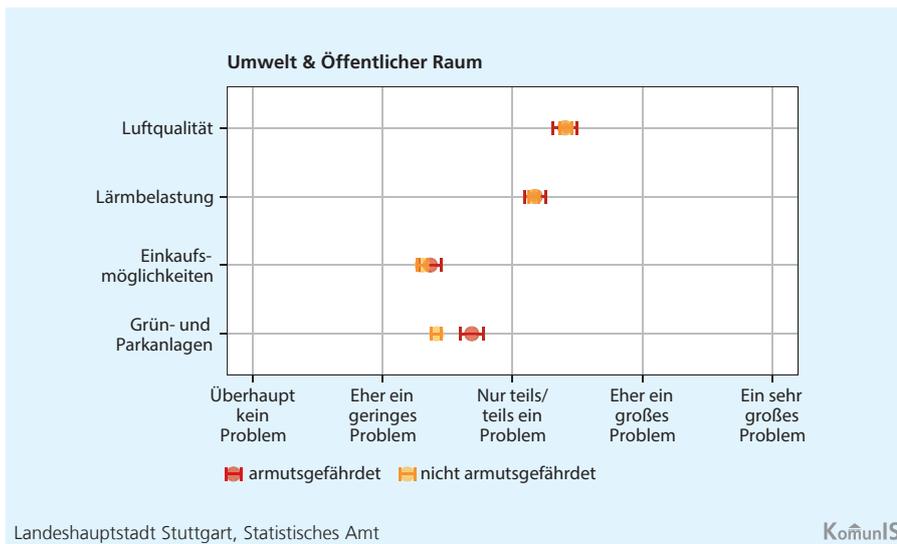
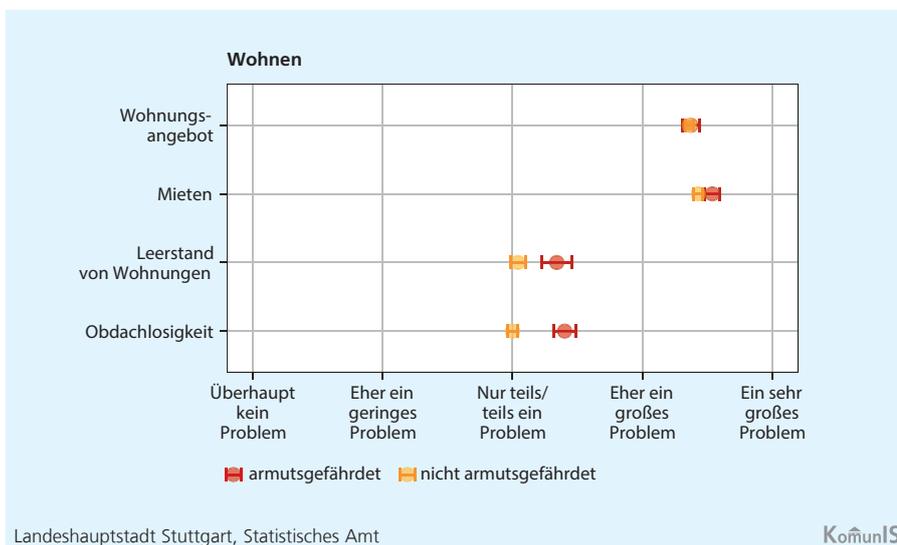


Abbildung 4: Gruppenmittelwerte der unter dem Bereich „Wohnen“ zusammengefassten Problemlagen in Stuttgart 2019



Wohnen

Neben der Mobilität und der Umwelt spielt auch der Bereich rund um das Wohnen eine bedeutende Rolle. Dies wird in Abbildung 4 und besonders an der Beurteilung des allgemeinen Wohnungsangebots und der Mieten deutlich. Keine der abgefragten Problemlagen wird kritischer gesehen. Und dies gilt nicht nur für arbeitsge-

fährdete Personen. Auch Befragte jenseits der Armutsgefährdungsschwelle sehen im Wohnungsangebot und den Mieten im Durchschnitt ein eher großes bis sehr großes Problem. Die Mittelwertunterschiede zwischen den beiden Gruppen fallen hier nicht signifikant aus. Hinsichtlich des Leerstand von Wohnungen und der Obdachlosigkeit zeigt sich ein etwas anderes Bild. Zum einen werden die Probleme des Leerstands und der Obdachlosigkeit von beiden Gruppen als deutlich geringer eingestuft. Zum anderen zeigt sich aber auch, dass sich die armutsgefährdeten Personen im Mittel signifikant von dem nicht einkommensarmen Personenkreis unterscheiden. Stuttgarterinnen und Stuttgarter unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle sehen sowohl den Leerstand als auch die Obdachlosigkeit im Mittel problematischer.

Soziales, Integration & Chancengleichheit

Auch die genauere Betrachtung des Bereichs Soziales, Integration & Chancengleichheit in Abbildung 5 liefert interessante Einblicke. Zunächst fällt auf, dass sich das Ausmaß der Wahrnehmung von Armut, Arbeitslosigkeit, Integration und Chancengleichheit als Problem in Vergleich zu anderen Problemlagen, wie etwa dem Straßenverkehr oder den Mieten, in Grenzen hält. Ein Blick auf die Mittelwerte zeigt aber deutliche Unterschiede in der Problemwahrnehmung von Armut, Arbeitslosigkeit und Chancengleichheit zwischen den beiden hier interessierenden Gruppen. Einzig hinsichtlich der Integration von Migranten ist kein signifikanter Mittelwertunterschied auszumachen. Mit Blick auf die Problemlagen, bei denen sich die Gruppenmittelwerte signifikant voneinander unterscheiden, offenbart sich ein einheitliches Muster. Stuttgarterinnen und Stuttgarter unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle nehmen Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnde Chancengleichheit von Frauen und Männern als größeres Problem war. Aus den Daten selbst lässt sich jedoch keine definitive Aussage darüber treffen, ob die Befragten die vordefinierten Problemlagen

Abbildung 5: Gruppenmittelwerte der unter dem Bereich „Soziales, Integration & Chancengleichheit“ zusammengefassten Problemlagen in Stuttgart 2019

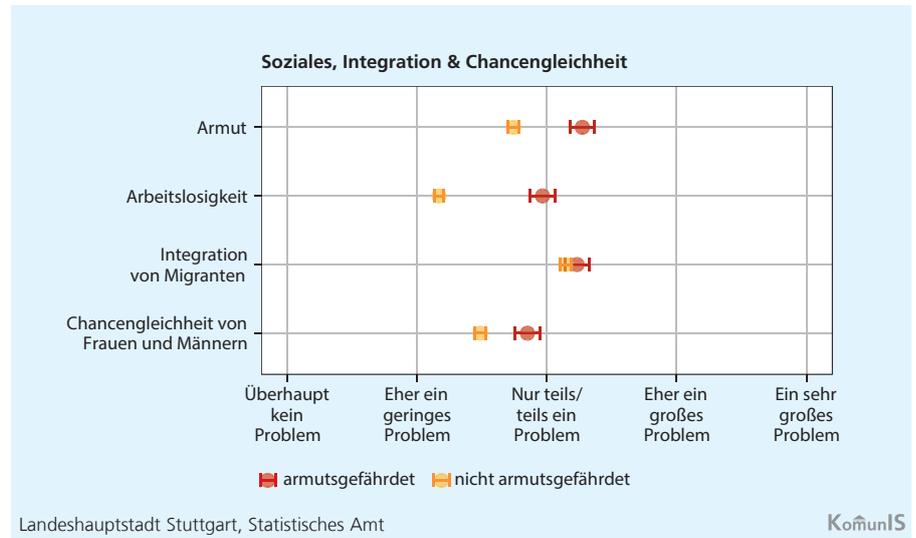


Abbildung 6: Gruppenmittelwerte der unter dem Bereich „Politische Einstellungen & Kriminalität“ zusammengefassten Problemlagen in Stuttgart 2019

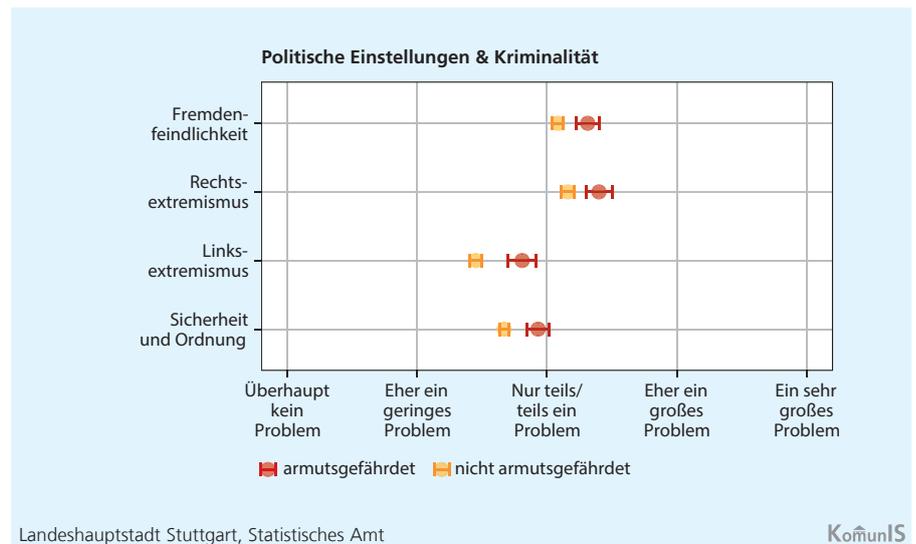
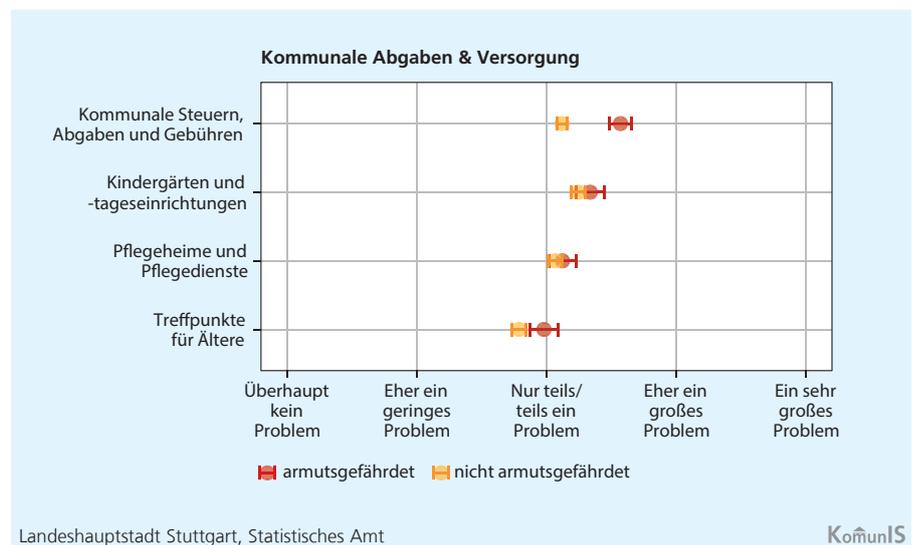


Abbildung 7: Gruppenmittelwerte der unter dem Bereich „Kommunale Abgaben & Versorgung“ zusammengefassten Problemlagen in Stuttgart 2019



tatsächlich auf die allgemeine Lage in Stuttgart beziehen. In diesem Fall wäre die Gruppe der Armutsgefährdeten für soziale Belange und die Gleichstellung der Geschlechter empfindlicher. Ebenso denkbar wäre aber auch, dass deren persönliche Situation in das Antwortverhalten mit einfließt. Dies ist nicht auszuschließen und dürfte selbstverständlich auch für all jene gelten, die zwar einem beruflichen Beschäftigungsverhältnis mit geringerem Einkommen nachgehen, sich der Arbeitslosigkeit aber tendenziell näher fühlen als eine Person, deren Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Politische Einstellungen & Kriminalität

Hinsichtlich des Bereichs Politische Einstellungen & Kriminalität zeigt sich in Abbildung 6 und mit Blick auf die Gruppenmittelwerte ein eindeutiges Muster. Zunächst fällt aber auf, dass Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus von beiden Gruppen eine größere Problemzuschreibung als Linksextremismus und mangelnde Sicherheit und Ordnung erfahren. In Anbetracht der jüngsten Entwicklungen vermag dies nicht zu überraschen. Richten wir unser Augenmerk nun auf die Gruppenunterschiede, so zeigt sich, dass die Mittelwertdifferenzen über alle Problemlagen hinweg statistisch signifikant ausfallen. Hinzu kommt – und diese Beobachtung ist besonders beachtenswert – dass die armutsgefährdete Bevölkerungsgruppe die Probleme der Fremdenfeindlichkeit, des politischen Extremismus und der Sicherheit und Ordnung gravierender einstuft, als dies die Gruppe derjenigen Stuttgarterinnen und Stuttgarter tut, die sich jenseits der Schwelle der Einkommensarmut befindet.

Kommunale Abgaben & Versorgung

Stellt sich die abschließende Frage nach dem Bereich Kommunale Abgaben & Versorgung in Abbildung 7. Der deutlichste Unterschied zwischen den Gruppen zeigt sich hinsichtlich der kommunalen Steuern, Abgaben und Gebühren. Personen unterhalb der

Armutsgefährdungsschwelle stufen diese finanzielle Belastung im Durchschnitt deutlich problematischer ein. Für den nicht armutsgefährdeten Personenkreis stellen diese Abgaben nur teilweise ein Problem dar. Die Versorgung mit Kindergärten und Kindertageseinrichtungen wird von beiden Gruppen nahezu identisch bewertet. Gleichwohl wäre in Anbetracht der gesellschaftlichen und medialen Diskussion zu erwarten gewesen, dass die Problemlage ein stärkeres Gewicht erfährt. Dem wäre wohl so, wenn anstelle der relativen Einkommensarmut die Unterscheidung nach Kindern im entsprechenden Alter träte. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Versorgung durch Pflegeheime und Pflegedienste. Die Problemwahrnehmung unterscheidet sich nicht zwischen den hier betrachteten Gruppen. Würden wir hingegen einen Blick auf jene werfen, die selbst pflegebedürftig sind oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen haben, dürfte ein differenzierteres Bild zu Tage treten. Bezüglich der Problemeinschätzung des Angebots an Treffpunkten für Ältere ist schließlich ein signifikanter Mittelwertunterschied zwischen den beiden Gruppen auszumachen. Demnach schätzt der Personenkreis unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle das Angebot als problematischer ein. Jene Personen, die nicht als einkommensarm gelten, sehen hinsichtlich des Angebots an Treffpunkten für Ältere ein durchschnittlich geringeres Problem.

Abschließende Bewertung

Die abschließende Bewertung der vom Einkommen abhängigen Problemwahrnehmung in Stuttgart fällt wie folgt aus: Tatsächlich zeigen sich mit Blick auf diverse Problemlagen signifikante Mittelwertunterschiede zwischen dem armutsgefährdeten Teil der Stuttgarter Bevölkerung und jenen Stuttgarterinnen und Stuttgartern, die nicht von relativer Einkommensarmut betroffen sind. In der Gesamtbewertung lässt sich festhalten, dass, wenn signifikante Gruppenunterschiede existieren, der armutsgefährdete Teil die entsprechende Problemlage gravierender einstuft. In

besonderem Maße gilt dies für Obdachlosigkeit, Armut, Arbeitslosigkeit und kommunale Steuern, Abgaben und Gebühren. Einzig im Bereich der Mobilität (hier: Straßenverkehr, öffentlicher Nahverkehr) sieht der nicht armutsgefährdete Teil der Stuttgarter Bevölkerung ein größeres Problem als dies derjenige Teil der Bevölkerung tut, der laut Definition als relativ einkommensarm gilt. Die Bedeutsamkeit einer nach Einkommen differenzierten Betrachtung verschiedener Problemlagen in Stuttgart ist damit belegt. Denn offensichtlich werden verschiedenste Problemlagen in Abhängigkeit vom Einkommen anders wahrgenommen. Gleichwohl steht zu vermuten, dass für einzelne Problemlagen eine Differenzierung nach anderen Kriterien gewinnbringendere Einblicke versprechen würde, als dies die hier vorgenommene Unterscheidung entlang der Armutsgefährdungsschwelle vermag. Zu nennen wären hier etwa die bereits diskutierten Problemlagen der Kinderbetreuung und der Pflege. Gerade mit Blick auf diese erscheint eine weiterführende Betrachtung erstrebenswert.

1 Beträgt das angegebene Haushaltsnettoeinkommen „Unter 900 €“ oder „10 000 € und mehr“, so wird anstelle des Mittelwerts der höchste beziehungsweise niedrigste Wert der entsprechenden Klasse angenommen.

2 Internetquelle:
<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A2armutsgefaehrungsschwellen.html> (aufgerufen am 20.02.2020).

3 Internetquelle:
<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html> (aufgerufen am 20.02.2020; gemessen am Median der Großstadt).

4 Internetquelle:
<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A2armutsgefaehrungsschwellen.html> (aufgerufen am 20.02.2020).

Literatur

Goebel, Jan; Krause, Peter (2018): Quantitative Messung von Armut. In: Böhnke, Petra; Dittmann, Jörg; Goebel, Jan (Hrsg.): Handbuch Armut. Opladen & Toronto.

Schöb, Anke (2020): Die Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2019 im Überblick. In: Statistik und Informationsmanagement, Jg. 79, Monatsheft 1/2020, S. 8-27.

Dr. Werner Münzenmaier¹

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Wertschöpfungskomponenten in Stuttgart und den anderen Stadtkreisen Baden-Württembergs 2000 bis 2017

Die baden-württembergischen Stadtkreise im Überblick

Eckdaten der Stadtkreise Baden-Württembergs 2000 und 2017

Die neun Stadtkreise, also kreisfreien Städte Baden-Württembergs umfassen mit 1244 km² knapp 3,5 Prozent der Fläche des Landes, in ihnen wohnten 2017 mit 2,06 Mio. Einwohnern jedoch 18,8 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung und arbeiteten 1,64 Mio. Menschen oder 26,2 Prozent der Erwerbstätigen des Landes, entweder als Selbstständige oder als Arbeitnehmer. Gegenüber 2000 ist die in den Stadtkreisen lebende Bevölkerung (2000: 1,87 Mio. Einwohner oder 18,1 % des Landes) überproportional angewachsen, dagegen hat die dort ermittelte Erwerbstätigkeit (2000: 1,42 Mio. Erwerbstätige oder 26,7 % des Landes) nur leicht unterdurchschnittlich zugenommen. Das in den baden-württembergischen Stadtkreisen erwirtschaftete nominale, also nicht preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt² hat sich zwischen 2000 und 2017 um mehr als die Hälfte vergrößert (von 90,22 auf 136,88 Mrd. Euro), allerdings hat sich der Anteil am gesamten Land in diesem Zeitraum von 29,1 auf 27,6 Prozent verringert; gleichwohl vereinigten die neun Stadtkreise nach wie vor deutlich mehr als ein Viertel der Wirtschaftskraft des Landes auf sich.

Bruttoinlandsprodukt insgesamt

BIP-Wachstum 2000 bis 2017 nur in Freiburg und Ulm im oder über dem Landesdurchschnitt; Stuttgart mit im Land dritthöchstem Wachstum

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum verlief in den Stadtkreisen sehr unterschiedlich. Wie Abbildung 1 zeigt, wurde der Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs zwischen 2000 und 2017 (+ 60,0 %) lediglich von der Stadt Freiburg im Breisgau mit 61,9 Prozent leicht übertroffen und von der Stadt Ulm mit 59,9 Prozent gerade so erreicht. Bereits an dritter Stelle befindet sich die Landeshauptstadt Stuttgart mit + 54,8 Prozent, was übrigens genau dem gesamtdeutschen Wachstum (+ 54,9 %) entspricht. Es folgen die Städte Baden-Baden mit + 53,4 Prozent und Karlsruhe mit + 50,7 Prozent vor den beiden benachbarten Städten Heidelberg und Mannheim mit jeweils + 49,3 Prozent. Schon deutlicher unter der 50-Prozent-Marke liegt Pforzheim mit + 45,5 Prozent, abgeschlagen mit + 23,7 Prozent steht die Stadt Heilbronn, die damit ihr Bruttoinlandsprodukt innerhalb von 17 Jahren um weniger als ein Viertel ausweiten konnte.

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Differenzierte Entwicklung der Wertschöpfung des Produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche in den Stadtkreisen

Abbildung 1 bietet durch die Differenzierung nach den beiden großen Wirtschaftsbereichen interessante Erklärungen für diese Wachstumsunterschiede. Während in Baden-Württemberg die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe mit + 64,3 Prozent nur relativ weniger stark angestiegen ist als in den Dienstleistungsbereichen mit + 58,0 Prozent, war die Entwicklung in den Stadtkreisen, abgesehen von Mannheim, erheblich uneinheitlicher.

Stuttgart beim Wachstum der Dienstleistungsbereiche relativ schwach, ...

Auffallend ist zunächst, dass die Dienstleistungsbereiche bei den beiden Spitzenreitern mit + 77,9 Prozent in Freiburg und sogar + 81,2 Prozent in Ulm deutlich kräftiger zugenommen haben als im Landesdurchschnitt; darüber hinaus hat nur

Karlsruhe mit + 60,6 Prozent das Landeswachstum leicht übertroffen. In fünf der neun Stadtkreise lag das Wachstum der Dienstleistungsbereiche in einer Spanne von + 56,8 Prozent (Baden-Baden) und + 48,2 Prozent (Mannheim) recht nahe beieinander, deutlich geringer war das Dienstleistungswachstum nur in der Stadt Heilbronn mit + 36,2 Prozent; Stuttgart rangierte mit + 49,5 Prozent an drittletzter Stelle.

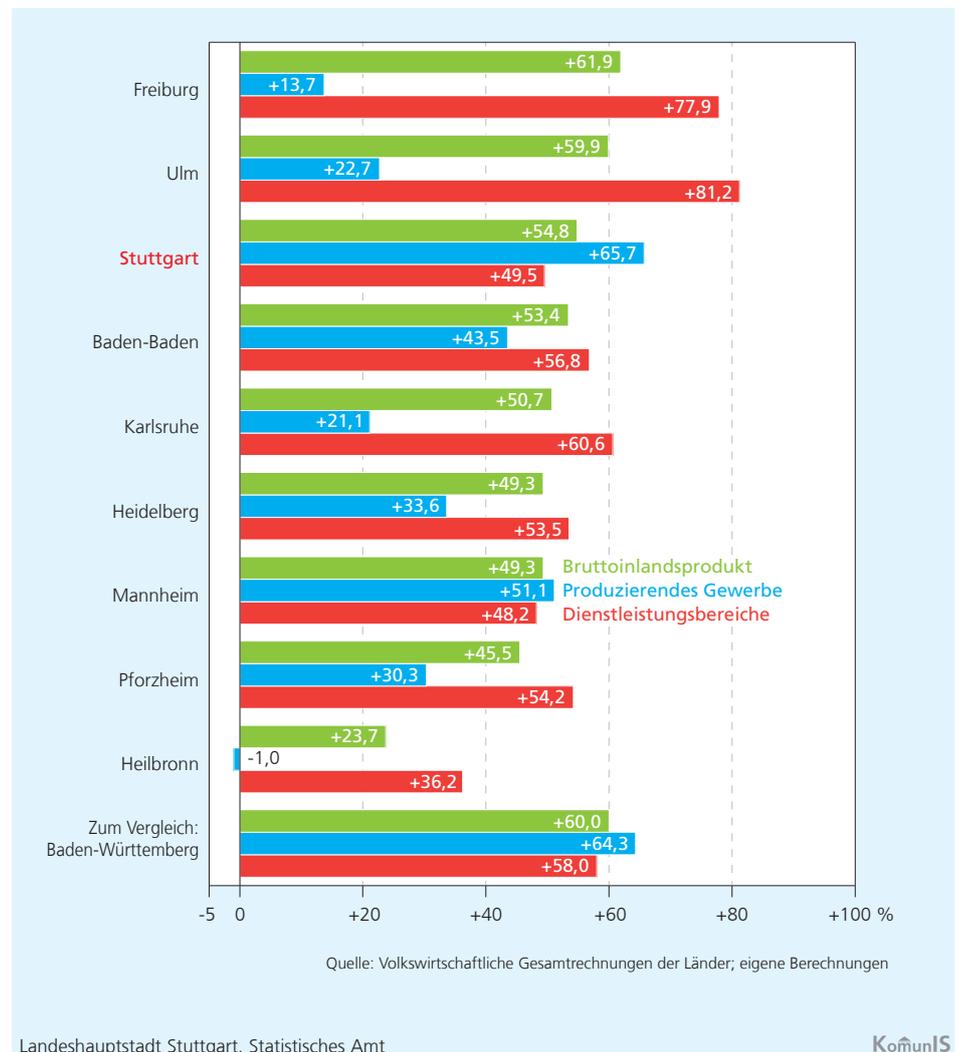
... jedoch überragende Zunahme beim Produzierenden Gewerbe

Damit wird auch deutlich, dass die Landeshauptstadt ihren dritten Rang beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum in erheblichem Maße dem Produzierenden Gewerbe zu verdanken hat: Mit + 65,7 Prozent hat Stuttgart nicht nur als einziger Stadtkreis die entsprechende Entwicklung in Baden-Württemberg (+ 64,3 %) übertroffen, sondern auch alle anderen kreisfreien Städte des Landes übertroffen, und zwar recht deutlich. Eine Ausweitung um mehr als 50 Prozent hat die Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes nur in Mannheim als der zweiten großen Industriestadt Baden-Württembergs erreicht (+ 51,1 %), in den anderen sieben Stadtkreisen bewegte sich die Veränderung bei diesem Wirtschaftsbereich zwischen + 43,5 Prozent in Baden-Baden und - 1,0 Prozent in Heilbronn.

Städte mit höchstem Dienstleistungswachstum haben geringste positive Entwicklung beim Produzierenden Gewerbe

Auffallend ist weiterhin, dass die drei Städte mit den höchsten Zuwachsraten bei den Dienstleistungsbereichen die niedrigsten positiven Veränderungen beim Produzierenden Gewerbe aufwiesen, nämlich Freiburg mit + 13,7 Prozent, Karlsruhe mit + 21,1 Prozent und Ulm mit + 22,7 Prozent. Umgekehrt hat die Wertschöpfung des Produzierenden Gewerbes nur in Stuttgart und in Mannheim stärker zugenommen als diejenige der Dienstleistungsbereiche, und dabei in Stuttgart sehr viel deutlicher (Wachstumsabstand 16,2 Prozentpunkte) als in Mannheim (2,9 Prozentpunkte).

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung des Produzierendes Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche in den Stadtkreisen Baden-Württembergs 2000 bis 2017



Ziemliche Bedeutung des Produzierenden Gewerbes für gesamtwirtschaftliche Wachstumsunterschiede in den Stadtkreisen

In diesem Zusammenhang ist außerdem erwähnenswert: In Deutschland weisen die Dienstleistungsbereiche zusammengenommen in den meisten Kreisen einen höheren Wertschöpfungsanteil auf als das Produzierende Gewerbe, gerade auch in kreisfreien Städten. Indem jedoch unter den Stadtkreisen Baden-Württembergs die Wachstumsunterschiede bei den Dienstleistungen (45,0 Prozentpunkte als Differenz zwischen Ulm mit + 81,2 % und Heilbronn mit + 36,2 %) merklich geringer sind als beim Produzierenden Gewerbe (66,7 Prozentpunkte als Differenz zwischen Stuttgart mit + 65,7 % und Heilbronn mit - 1,0 %), kommt dem Produzierenden Gewerbe mit Blick auf die Unterschiede im gesamtwirtschaftlichen Wachstum eine ziemliche Bedeutung zu.

Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbe

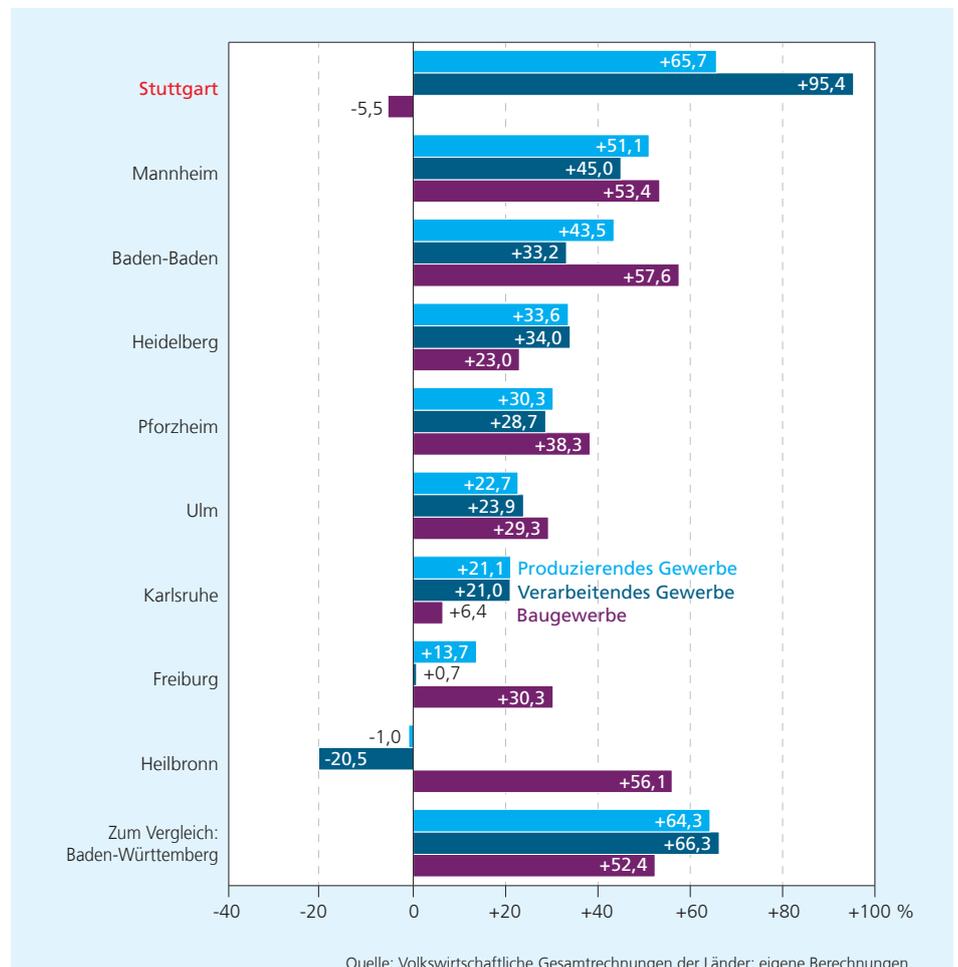
Verarbeitendes Gewerbe maßgebend für Wertschöpfungswachstum des Produzierenden Gewerbes im Land ...

Das Produzierende Gewerbe setzt sich zusammen aus vier Wirtschaftszweigen: Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Rückgewinnung. In den Kreisergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden davon, auch aus Geheimhaltungsgründen, nur die Wertschöpfungsbeiträge des Verarbeitenden und des Baugewerbes explizit nachgewiesen. Die Entwicklung beider Bereiche sowie des gesamten Produzierenden Gewerbes im Zeitraum 2000 bis 2017 geht aus Abbildung 2 hervor.

In Baden-Württemberg insgesamt wird das Wachstum des Produzierenden Gewerbes (+ 64,3 %) maßgeblich durch das Verarbeitende Gewerbe (+ 66,3 %)

64

Abbildung 2: Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Produzierendes Gewerbes, des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes in den Stadtkreisen Baden-Württembergs 2000 bis 2017



bestimmt, das Baugewerbe fällt dagegen merklich zurück (+ 52,4 %). Die Dominanz des Verarbeitenden Gewerbes ist wenig verwunderlich, denn der Anteil an der Bruttowertschöpfung insgesamt betrug im Ausgangsjahr 2000 für das Verarbeitende Gewerbe stattliche 32,4 Prozent und für das Baugewerbe nur 5,1 Prozent.³

... und in den Stadtkreisen, trotz teilweise kräftigem Wachstum des Baugewerbes

Auch in den einzelnen Stadtkreisen Baden-Württembergs weist das Verarbeitende Gewerbe ein höheres Gewicht auf als das Baugewerbe und wirkt insoweit bestimmend für die Gesamtentwicklung des Produzierenden Gewerbes. Auffallend ist allerdings, dass in sechs der neun Stadtkreise die Wertschöpfung des Baugewerbes zwischen 2000 und 2017 kräftiger zugenommen hat als diejenige des Verarbeitenden Gewerbes und so eine relativ schwache Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes noch ausgleichen konnte. Besonders augenscheinlich trifft dies für die Stadt Heilbronn zu, wo der Wertschöpfungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes um mehr als ein Fünftel (- 20,5 %) nur deshalb nicht voll auf das Produzierende Gewerbe durchgeschlagen hat (- 1,0 %), weil das Baugewerbe seine Wertschöpfung um nicht weniger als + 56,1 Prozent ausweiten konnte, das ist die zweitstärkste Zunahme knapp hinter Baden-Baden mit + 57,6 Prozent. Ähnlich, wenngleich weniger spektakulär, stellt sich die Situation für Freiburg dar, wo das Produzierende Gewerbe mit + 13,7 Prozent die nach Heilbronn zweitschwächste Entwicklung genommen hat.

In Stuttgart steht einem beeindruckenden Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes ein Wertschöpfungsrückgang des Baugewerbes gegenüber

Komplett anders ist die Konstellation in der Landeshauptstadt Stuttgart: Der unter allen Stadtkreisen des Landes mit Abstand stärkste Anstieg der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (+ 65,7 %) war allein dem Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes zu verdanken, dessen Wertschöpfung um + 95,4 Prozent zugenommen hat und damit um mehr als das Doppelte wie in der insoweit zweitplatzierten Stadt Mannheim (+ 45,0 %) beziehungsweise um fast ein Drittel mehr als in Baden-Württemberg insgesamt (+ 66,3 %). Der Wertschöpfungsrückgang im Baugewerbe (mit - 5,5 % übrigens der Einzige unter den kreisfreien Städten des Landes) hat gleichwohl das Wachstum des Produzierenden Gewerbes in Stuttgart nicht unmerklich gemindert.

In den beiden anderen Städten des Landes, in denen das Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes über demjenigen des Baugewerbes lag, fiel der Abstand zwischen beiden Wirtschaftszweigen deutlich geringer aus (Heidelberg 11,0 und Karlsruhe 14,6 Prozentpunkte); die Zuwachsraten von Produzierendem und Verarbeitendem Gewerbe lagen deshalb dort sehr nahe beieinander.

In Ulm trägt Energie- und Wasserversorgung unterproportional zum Wachstum des Produzierenden Gewerbes bei

Erwähnenswert ist schließlich die Situation in der Stadt Ulm, wo beim Wachstum im Zeitraum 2000 bis 2017 das Produzierende Gewerbe (+ 22,7 %) sowohl hinter dem Verarbeitenden Gewerbe (+ 23,9 %) als auch hinter dem Baugewerbe (+ 29,3 %) zurückgeblieben ist. Hier haben sich offensichtlich die beiden nicht explizit ausgewiesenen Wirtschaftszweige schwächer entwickelt, vor allem wohl der in Ulm recht bedeutsame Bereich Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Rückgewinnung.

Automobilbau bestimmend für Wertschöpfungsausweitung des Verarbeitenden Gewerbes in Stuttgart und Mannheim, Wachstumsverluste in Heilbronn durch Verlagerungen ins Umland

Der bemerkenswert hohe Zuwachs des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt Stuttgart (+ 95,4 %) wurde maßgeblich durch die Automobilproduktion einschließlich Zulieferwirtschaft bestimmt, Vergleichbares gilt für Mannheim (+ 45,0 %).⁴ Bezüglich des Baugewerbes in der Landeshauptstadt (- 5,5 %) ist im Untersuchungszeitraum eine stark schwankende Entwicklung festzustellen, wohl auch parallel zum Baufortschritt größerer Projekte. Der erstaunlich umfangreiche Wertschöpfungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt Heilbronn (- 20,5 %), begleitet von einem Rückgang der dort beschäftigten Erwerbstätigen um sogar - 25,6 Prozent, ist in erheblichem Umfang auf Produktionsverlagerungen ins Umland zurückzuführen: Allein der die Stadt umgebende Landkreis Heilbronn hat im Untersuchungszeitraum mit + 148,1 Prozent beim Verarbeitenden Gewerbe knapp hinter dem Landkreis Biberach (+ 155,9 %) den mit Abstand zweitkräftigsten Wertschöpfungszuwachs aller baden-württembergischen Kreise verzeichnet, bei den dort Erwerbstätigen waren es immerhin + 19,2 Prozent.

Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche

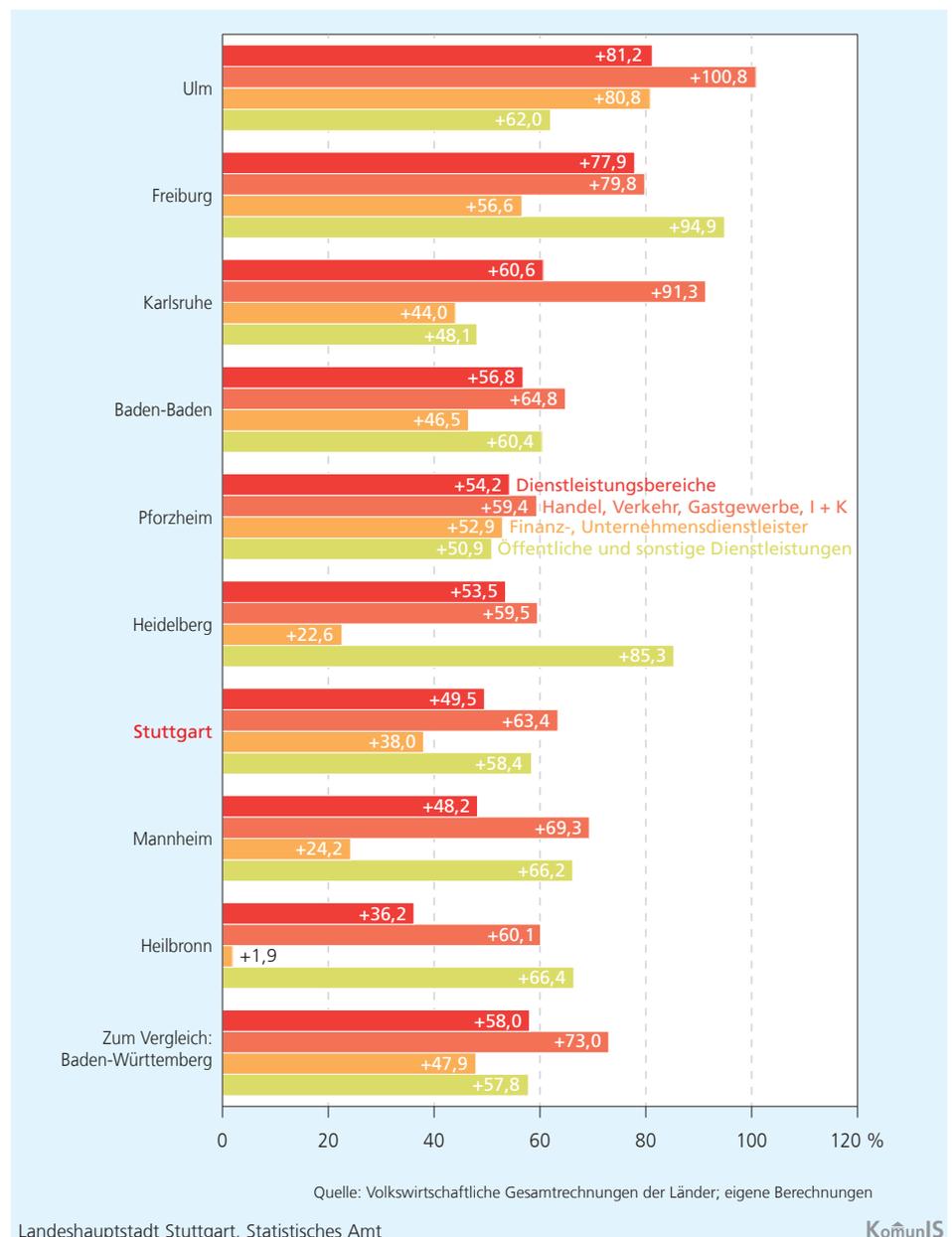
Überblick

Differenziertes Wachstum innerhalb der Dienstleistungsbereiche in Baden-Württemberg

Abbildung 3 verdeutlicht, wie das Wertschöpfungswachstum innerhalb der Dienstleistungsbereiche im Zeitraum 2000 bis 2017 ausgefallen ist. Unterschieden werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Kreise drei dienstleistende Wirtschaftszweige, deren Zusammensetzung in der Übersicht näher beschrieben ist, nämlich: Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation; Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen; Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte.

Im Land Baden-Württemberg hat die Bruttowertschöpfung aller Dienstleistungsbereiche zwischen 2000 und 2017 um + 58,0 Prozent zugelegt, überdurchschnittlich bei Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (+ 73,0 %), unterdurchschnittlich bei Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern, Immobilienwesen (+ 47,9 %) und im Durchschnitt bei den Öffentlichen und sonstigen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte (+ 57,8 %).

Abbildung 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche in sektoraler Gliederung in den Stadtkreisen Baden-Württembergs 2000 bis 2017



Übersicht: Wirtschaftszweiggliederung entsprechend den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Verarbeitendes Gewerbe
Baugewerbe
Land- und Forstwirtschaft; Bergbau, Steine und Erden; Versorgung und Entsorgung
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Rückgewinnung
Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen - Verkehr und Lagerei, Post-, Kurier- und Expressdienste - Gastgewerbe - Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk - Telekommunikation - IT- und Informationsdienstleister
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Immobilienwesen
- Finanzdienstleister, Versicherungen und damit verbundene Tätigkeiten, Pensionskassen - Grundstücks- und Wohnungswesen - Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister, Werbung und Marktforschung, Veterinärwesen - Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros und -veranstalter
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte
- Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung - Erziehung und Unterricht - Gesundheits- und Sozialwesen - Kunst und Kultur, Glücksspiel - Sport, Unterhaltung und Erholung - Interessenvertretungen und religiöse Vereinigungen - Reparatur von DV-Geräten und Gebrauchsgütern - Private Haushalte mit Hauspersonal

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMunIS

Überdurchschnittliches Wachstum im Land und in vielen Stadtkreisen bei Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation

Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation

Erstaunlicherweise lag der Wirtschaftszweig Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation auch in fast allen Stadtkreisen beim Wachstum innerhalb der Dienstleistungsbereiche ganz vorn und hat mit Zuwachsraten zwischen knapp 80 und gut 100 Prozent in beträchtlichem Umfang zum Dienstleistungsboom der drei Spitzenreiter Ulm (+ 100,8 %), Freiburg (+ 79,8 %) und Karlsruhe (+ 91,3 %) beigetragen. In den übrigen sechs Stadtkreisen bewegte sich die Ausweitung dieses Wirtschaftszweigs in relativ engen Bahnen zwischen rund + 59,5 Prozent in Pforzheim und Heidelberg sowie + 60,1 Prozent in Heilbronn einerseits beziehungsweise + 69,3 Prozent in Mannheim, + 64,8 Prozent in Baden-Baden und + 63,4 Prozent in Stuttgart andererseits.

Überwiegend schwache Entwicklung bei Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern, Immobilienwesen, außer in Ulm und Pforzheim ...

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen

Unter den beiden anderen dienstleistenden Wirtschaftszweigen wiesen die Öffentlichen und sonstigen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte in sieben der neun Stadtkreise – wie schon beim Land insgesamt – ein höheres Wachstum auf. Lediglich in Ulm lagen Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen deutlich vorne und haben mit erstaunlichen + 80,8 Prozent – zusammen mit Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation – wesentlich dazu beigetragen, dass die Donaustadt unter den baden-württembergischen Stadtkreisen das höchste Wachstum der Dienstleistungsbereiche verzeichnen konnte; in Pforzheim übertraf dieser Wirtschaftszweig mit + 52,9 Prozent die Öffentlichen und sonstigen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit + 50,9 Prozent in nur geringem Umfang.

... sowie Freiburg; neben Heilbronn ...

In Freiburg im Breisgau (+ 56,6 %) sowie in der schon erwähnten Stadt Pforzheim (+ 52,9 %) konnte der Wirtschaftszweig Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen mit über dem Landesdurchschnitt (+ 47,9 %) liegenden Steigerungsraten das Dienstleistungswachstum ebenfalls positiv beeinflussen. Dass umgekehrt die Stadt Heilbronn auch bei diesem überwiegend unternehmensorientierten Wirtschaftszweig deutlich zurückgeblieben ist (+ 1,9 %), dürfte parallel zu der schon erwähnten Abwanderung von Industriearbeitsplätzen ins Umland erfolgt sein; jedenfalls war der Zuwachs dieses Dienstleistungsbereichs im Landkreis Heilbronn mit + 59,6 Prozent überdurchschnittlich hoch.

... wurden Finanz- und Versicherungszentren wie Heidelberg, Mannheim und auch Stuttgart besonders in Mitleidenschaft gezogen

Deutlich unter dem Landesdurchschnitt blieb das Wachstum bei den Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern und dem Immobilienwesen in den beiden nordbadischen Städten Heidelberg und Mannheim mit + 22,6 und + 24,2 Prozent; hier haben wohl die Finanzkrise 2008/2009 und die aktuellen Probleme der Finanz- und Versicherungswirtschaft ihre Spuren hinterlassen. Auch Stuttgart (+ 38,0 %) dürfte davon in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

Wachstum des Bereichs Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit vor allem in Universitätsstädten sehr stark, mit Abstrichen auch in Stuttgart

Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte

Beim Dienstleistungsbereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte fällt zunächst auf, dass das Wertschöpfungswachstum nur in den Städten Karlsruhe (+ 48,1 %) und Pforzheim (+ 50,9 %) hinter dem Landesdurchschnitt von + 57,8 Prozent zurückgeblieben ist. Besonders hohe Zuwachsraten konnte dieser Wirtschaftszweig dagegen in den Universitätsstädten Freiburg mit + 94,9 Prozent und Heidelberg mit + 85,3 Prozent verbuchen. Auch in Mannheim (+ 66,2 %) und in der aufstrebenden Hochschulstadt Heilbronn (+ 66,4 %) dürfte die Stärkung der Hochschullandschaft des Landes durchgeschlagen haben, ebenso in Ulm (+ 62,0 %) und in Stuttgart (+ 58,4 %). Ansonsten ist die Bandbreite der Wertschöpfungszunahme dieses überwiegend personenbezogenen Dienstleistungszweiges (abgesehen von den großen Universitätsstädten Freiburg und Heidelberg) mit + 48,1 Prozent in Karlsruhe bis + 66,4 Prozent in Heilbronn relativ gering.

Wertschöpfungsanteile 2017

In Abbildung 4 ist aufgezeichnet, in welchem Umfang die einzelnen Wirtschaftszweige zur Bruttowertschöpfung in den Stadtkreisen Baden-Württembergs beigetragen haben.

Stuttgart und Baden-Württemberg im Vergleich

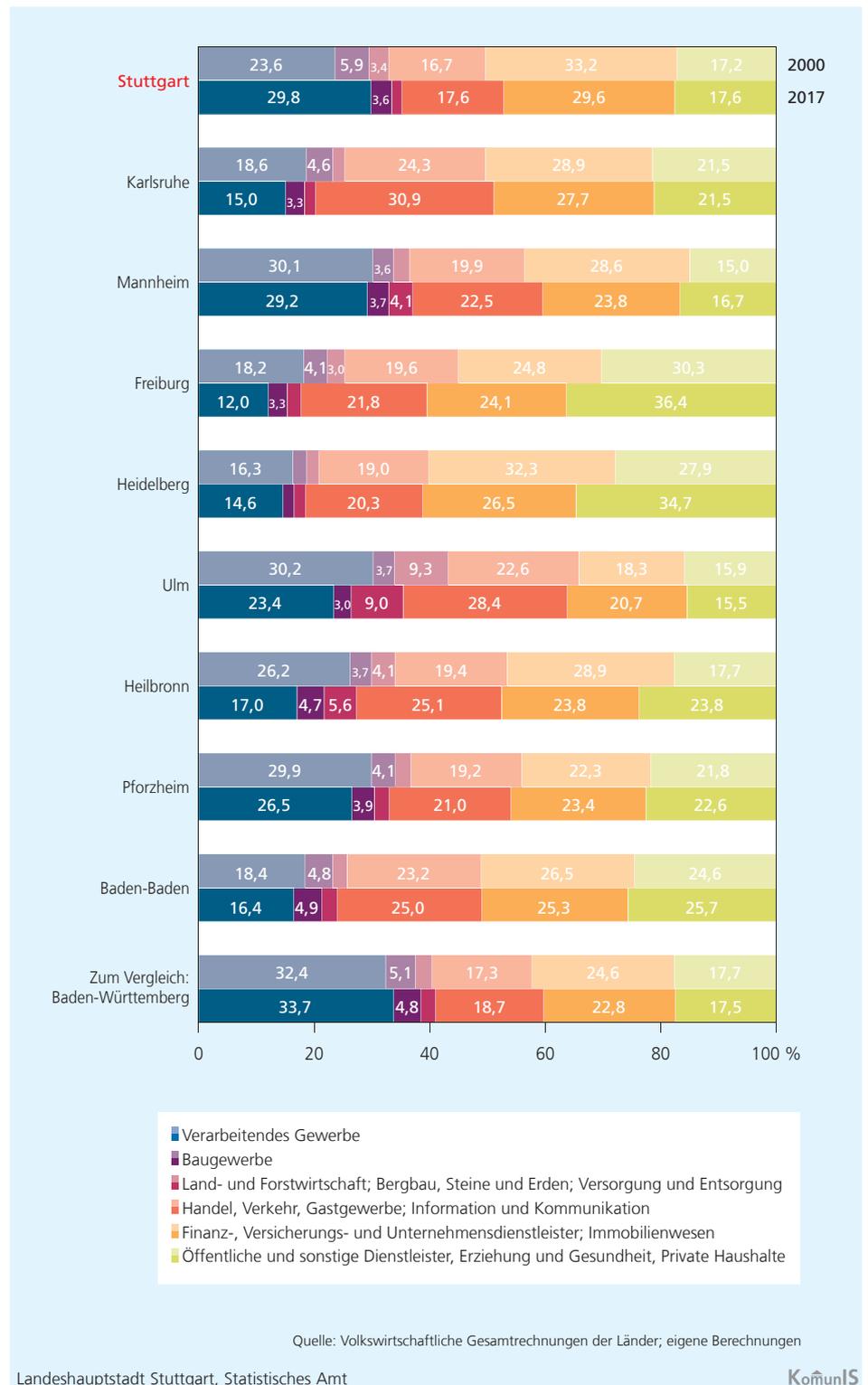
Für das Jahr 2017 fällt zunächst auf, dass die Reihenfolge der Wirtschaftszweige bezüglich ihrer Wertschöpfungsanteile in der **Stadt Stuttgart** genau analog zu derjenigen im gesamten Land Baden-Württemberg verläuft:

Bedeutung der Wirtschaftszweige, gemessen über ihre Wertschöpfungsanteile, 2017 in Stuttgart und in Baden-Württemberg etwa gleich ausgeprägt

1. Verarbeitendes Gewerbe: **29,8** und 33,7 Prozent,
2. Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen: **29,6** und 22,8 Prozent,
3. Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: **17,6** und 18,7 Prozent,
4. Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte: **17,6** und 17,5 Prozent,
5. Baugewerbe: **3,6** und 4,8 Prozent,
6. Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden, Versorgung und Entsorgung: **1,8** und 2,5 Prozent.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass in Stuttgart die Anteilswerte für die ersten beiden Wirtschaftszweige mit 29,8 und 29,6 Prozent und die beiden folgenden Wirtschaftszweige mit jeweils 17,6 Prozent praktisch identisch waren.

Abbildung 4: Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in den Stadtkreisen Baden-Württembergs 2000 bis 2017 (Reihenfolge entsprechend der Einwohnerzahl 2017)



Wertschöpfungsanteile nach Wirtschaftszweigen in den Stadtkreisen

Ähnliche Konstellationen auch in Mannheim und Pforzheim

Eine vergleichbare Konstellation wie Stuttgart weist die Stadt Mannheim auf, allerdings übertraf dort der durch Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserversorgung, Rückgewinnung geprägte „Restbereich“ (4,1 %) knapp das Baugewerbe (3,7 %). Ähnliches trifft für die Stadt Pforzheim zu, wo jedoch die Öffentlichen und sonstigen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte (22,6 %) etwas stärker waren als Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (21,0 %).

Verarbeitendes Gewerbe 2017 wertschöpfungsstärkster Wirtschaftszweig in Stuttgart und Mannheim

In Stuttgart (29,8 %), in Mannheim (29,2 %) und in Pforzheim (26,5 %) war das **Verarbeitende Gewerbe** 2017 wie ausgeführt der größte, in Ulm immerhin noch der zweitstärkste Wirtschaftszweig (23,4 %); in den verbleibenden vier Stadtkreisen rangierte es – jeweils hinter den drei dienstleistenden Wirtschaftszweigen – sogar nur an vierter Stelle mit deutlich geringeren Anteilen zwischen 17,0 Prozent in Heilbronn und 12,0 Prozent in Freiburg.

Wertschöpfungsanteile der überwiegend personenbezogenen Dienstleistungen in den Universitätsstädten Freiburg und Heidelberg über ein Drittel, in Stuttgart im Landesdurchschnitt

Wertschöpfungsanteile von über einem Drittel wurden 2017 in zwei Städten festgestellt, nämlich in den Universitätsstädten Freiburg und Heidelberg für die **Öffentlichen und sonstigen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte** mit 36,4 und 34,7 Prozent; gegenüber dem Landesdurchschnitt von 17,5 Prozent waren dies etwa doppelt so hohe Werte. Im Landesdurchschnitt blieb bei diesem Wirtschaftszweig die Landeshauptstadt Stuttgart (17,6 %), sogar darunter die Städte Mannheim (16,7 %) und Ulm (15,5 %). In den verbleibenden vier Stadtkreisen bewegten sich diese Quoten zwischen 25,7 Prozent in Baden-Baden und 21,5 Prozent in Karlsruhe.

Bei Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation erreichte der Wertschöpfungsanteil in Karlsruhe 2017 über 30 %, Stuttgart unter Landesdurchschnitt

Bei **Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation** wurde die 30-Prozent-Marke 2017 nur von der Stadt Karlsruhe mit 30,9 Prozent übertroffen, ebenfalls recht hoch war der Anteil in der Stadt Ulm mit 28,4 Prozent. Unter dem Landesdurchschnitt von 18,7 Prozent blieb lediglich die Landeshauptstadt Stuttgart mit 17,6 Prozent. Für die restlichen Stadtkreise wurden Werte in einem relativ engen Bereich zwischen 25,1 Prozent in Heilbronn und 20,3 Prozent in Heidelberg ermittelt.

Bei Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen hatte Stuttgart 2017 den höchsten Wertschöpfungsanteil unter den Stadtkreisen vor Karlsruhe und Heidelberg

Demgegenüber erreichte Stuttgart beim Wirtschaftszweig **Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen** mit 29,6 Prozent 2017 den höchsten Anteil unter den baden-württembergischen Stadtkreisen, gefolgt von Karlsruhe mit 27,7 Prozent und Heidelberg mit 26,5 Prozent; bei diesen Städten dürften unter anderem die Versicherungen sowie die wissenschaftlichen und technischen Dienstleister im Bereich Forschung und Entwicklung eine tragende Rolle spielen. Fünf weitere Städte liegen mit Anteilswerten zwischen 25,3 Prozent in Baden-Baden und 23,4 Prozent in Pforzheim recht nahe beieinander. Dagegen blieb Ulm als einziger Stadtkreis mit 20,7 Prozent unter dem Landesdurchschnitt von 22,8 Prozent, auch wegen umfangreicher Wertschöpfungsquoten in den dort dominierenden Bereichen Produzierendes Gewerbe sowie Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation.

Wertschöpfungsanteil des Baugewerbes in fast allen Stadtkreisen unter Landesdurchschnitt

Umgekehrt gab es mit dem **Baugewerbe** einen Wirtschaftszweig, bei dem fast alle Stadtkreise den Landesdurchschnitt von 4,8 Prozent verfehlt haben; lediglich Baden-Baden bleibt mit 4,9 Prozent leicht darüber und Heilbronn, das bei einigen anderen Wirtschaftszweigen relativ schlecht abgeschnitten hat, mit 4,7 Prozent leicht darunter. Besonders gering fiel der Beitrag des Baugewerbes zur Wertschöpfung mit 1,9 Prozent in Heidelberg aus, die sechs weiteren Stadtkreise bewegten sich in einer relativ schmalen Bandbreite von 3,9 Prozent in Pforzheim bis 3,0 Prozent in Ulm; die Landeshauptstadt Stuttgart hat darin mit 3,6 Prozent – trotz des drastischen Rückgangs gegenüber 2000 – noch recht ordentlich abgeschnitten.

Starke Stellung beim heterogenen Restbereich in Ulm, Heilbronn und Mannheim wegen bedeutender Energieversorgungsunternehmen

Schließlich zu erwähnen ist der Wirtschaftszweig **Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden, Versorgung und Entsorgung**, der praktisch den Rest zur gesamten Wertschöpfung umfasst. Deutlich über dem Landesdurchschnitt von 2,5 Prozent lagen die Anteilswerte in den Städten Ulm mit 9,0, Heilbronn mit 5,6 Prozent und Mannheim mit 4,1 Prozent, vor allem wegen dort bedeutender Standbeine in der Energieversorgung. Die niedrigste Quote wurde für Stuttgart mit 1,8 Prozent ermittelt.

Wertschöpfungsanteile 2000

Stuttgart und Baden-Württemberg im Vergleich

Gegenüber 2000 keine wesentlichen Veränderungen bei den Wertschöpfungsanteilen in Baden-Württemberg

Bezüglich des Gewichts der Wirtschaftszweige hat sich im gesamten Land Baden-Württemberg die Situation 2017 gegenüber 2000 kaum verändert, wie Abbildung 4 zeigt: Das Verarbeitende Gewerbe lag schon 2000 mit 32,4 Prozent vor dem Wirtschaftszweig Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen mit 24,6 Prozent. Dahinter folgten – nahezu gleichauf, aber mit anderer Reihenfolge als 2017 – Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit 17,7 Prozent knapp vor Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation mit 17,3 Prozent. Schließlich übertraf das Baugewerbe mit 5,1 Prozent den heterogenen Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden, Versorgung und Entsorgung mit 2,9 Prozent. Auffallend ist, dass sich im Landesdurchschnitt die Quoten in keinem Wirtschaftszweig um mehr als 1,8 Prozentpunkte verbessert oder verschlechtert haben.

In Stuttgart hat dagegen 2017 das Verarbeitende Gewerbe den 2000 noch führenden Zweig Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen abgelöst

In Stuttgart hatten dagegen 2000 noch die Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen die Nase vorn, und zwar mit fast einem Drittel (33,2 %) sehr deutlich vor dem Verarbeitenden Gewerbe mit damals weniger als einem Viertel (23,6 %). Der bis 2017 bemerkenswerte Anstieg der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in der Landeshauptstadt hat damit zu einer Anteilsverbesserung dieses Wirtschaftszweiges geführt, wie er sonst in keinem Stadtkreis zu beobachten war.

Anteilsveränderungen bei den beiden anderen Dienstleistungsbereichen in Stuttgart weniger spektakulär

Weniger spektakulär und weitestgehend im Einklang mit der Landesentwicklung waren dagegen die Verschiebungen der beiden anderen Dienstleistungsbereiche: Wie im Landesdurchschnitt rangierten in Stuttgart auch 2000 die Öffentlichen und sonstigen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit 17,2 Prozent leicht vor Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation mit 16,7 Prozent, 2017 lagen beide Wirtschaftszweige noch gleichauf.

Beim Baugewerbe hat Stuttgart den 2000 hohen Wertschöpfungsanteil bis 2017 deutlich verringert

Bemerkenswerterweise erreichte das Baugewerbe 2000 mit einem Wertschöpfungsanteil von 5,9 Prozent in Stuttgart – als einzigem Stadtkreis – einen über dem Landesdurchschnitt (5,1 %) liegenden Wert, allerdings ist im Baugewerbe Stuttgarts der Rückgang auf 3,6 Prozent in 2017 auch besonders kräftig ausgefallen; nicht zuletzt wegen unregelmäßig rascher Baufortschritte in Großprojekten unterlag die Wertschöpfung des Stuttgarter Baugewerbes im Untersuchungszeitraum generell erheblichen Schwankungen.

2000 noch relativ großes Gewicht von Versorgung und Entsorgung in Stuttgart

Schließlich konnte Stuttgart auch beim heterogen zusammengesetzten Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden, Versorgung und Entsorgung 2000 mit einem Anteil von 3,4 Prozent aufwarten, der über dem Landesdurchschnitt (2,9 %) lag und nur von Ulm (9,3 %) und Heilbronn (4,1 %) übertroffen wurde.

Bemerkenswerte Veränderungen 2017 gegenüber 2000

Wie ausgeführt hat es zwischen 2000 und 2017 in Baden-Württemberg keine größeren Verschiebungen zwischen den Wertschöpfungsbeiträgen der sechs Wirtschaftszweige gegeben, wohl aber in Stuttgart.

2017 Verarbeitendes Gewerbe in Stuttgart bedeutendster Wirtschaftszweig, ebenso in Mannheim, wo dies auch 2000 schon der Fall war

Dort belegte das **Verarbeitende Gewerbe** 2000 nur den zweiten Rang, um erst 2017 auf den ersten Platz zu springen. Demgegenüber war dieser industriell geprägte Wirtschaftszweig 2000 schon in Mannheim (30,1 %) und in Pforzheim (29,6 %) sowie damals noch in Ulm (30,2 %) ganz vorne. Auch in der Stadt Heilbronn war das Verarbeitende Gewerbe 2000 mit 26,2 Prozent gut vertreten, um dann aufgrund der genannten Entwicklung 2017 auf 17,0 Prozent abzusacken.

Anteilsverluste bei Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern, Immobilienwesen neben anderen Städten auch in Stuttgart

Bei den **Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern, Immobilienwesen** haben – stärker noch als Stuttgart (Rückgang von 33,2 auf 29,6 %) – auch andere dort gut vertretene Städte im Zeitraum 2000 bis 2017 Anteile eingebüßt, vor allem Heidelberg (von 32,3 auf 26,5 %), Heilbronn (von 28,9 auf 23,8 %) und Mannheim (von 28,6 auf 23,8 %).

Geringste Anteilsgewinne bei Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation in Stuttgart

Bei **Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation** hat die Stadt Karlsruhe, die schon 2000 mit einem Anteilswert von 24,3 Prozent an der Spitze lag, mit + 6,6 Prozentpunkten auf 30,9 Prozent den kräftigsten Sprung gemacht, bei Ulm waren es + 5,8 Prozentpunkte auf 28,4 Prozent, bei Heilbronn + 5,7 Prozentpunkte auf 25,1 Prozent. In allen anderen Stadtkreisen wurden ebenfalls Anteilszunahmen registriert, sie bewegten sich aber in engeren Bandbreiten zwischen + 2,6 Prozentpunkten in Mannheim und + 0,9 Prozentpunkten in Stuttgart.

Anteilsgewinne fast aller Stadtkreise bei Öffentlichen und sonstigen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit, vor allem in typischen Universitätsstädten

Einen Ausbau ihrer schon 2000 sehr hohen Anteile konnten die beiden traditionellen Universitätsstädte bei den **Öffentlichen und sonstigen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte** verzeichnen, nämlich Freiburg mit + 6,1 Punkten auf 36,4 Prozent und Heidelberg mit + 6,8 Punkten auf 34,7 Prozent. Ähnlich hoch war der Zuwachs mit + 6,1 Punkten auf 23,8 Prozent in Heilbronn, das sich inzwischen als ausgeprägte Hochschulstadt versteht. Abgesehen von Ulm (von 15,9 auf 15,5 %) konnten alle anderen baden-württembergischen Stadtkreise ebenfalls auf Anteilsverbesserungen zurückblicken, Stuttgart von 17,2 auf 17,6 Prozent.

Empfindliche Anteilsverluste beim Baugewerbe in Stuttgart und auch in Karlsruhe

Auch beim **Baugewerbe** ragt die Stadt Heilbronn mit einem Anteilsgewinn um + 1,0 Prozentpunkte auf 4,7 Prozent heraus, während umgekehrt Stuttgart aus den genannten Gründen einen empfindlichen Verlust um - 2,3 Punkte auf 3,6 Prozent erleiden musste, ebenso Karlsruhe um - 1,3 Punkte auf 3,3 Prozent. Ansonsten standen leichte Zunahmen um je + 0,1 Prozentpunkte in Baden-Baden auf 4,9 Prozent und Mannheim auf 3,7 Prozent geringeren Verlusten gegenüber (bis zu - 0,8 Prozentpunkte in Freiburg).

Neuausrichtung von Energieversorgungsunternehmen schlagen durch

Erwähnenswerte Anteilsverschiebungen beim heterogen zusammengesetzten Wirtschaftszweig **Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden, Versorgung und Entsorgung** sind zum einen für Mannheim mit + 1,3 Punkten auf 4,1 Prozent und zum anderen für Stuttgart mit - 1,6 Punkten auf 1,8 Prozent zu erwähnen, zurückzuführen auf Neuausrichtungen in den jeweiligen Energieversorgungsunternehmen.

Wesentliche Erkenntnisse aus der Sicht von Stuttgart

2000 bis 2017 unter den Stadtkreisen des Landes drittstärkstes Wirtschaftswachstum in Stuttgart, ...

2017 wurden in den neun Stadtkreisen 27,6 Prozent des baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, 2000 waren es sogar noch 29,1 Prozent. Tatsächlich ist das gesamtwirtschaftliche Wachstum 2000 bis 2017 im Land mit + 60,0 Prozent kräftiger ausgefallen als im Durchschnitt der Stadtkreise mit + 51,7 Prozent. Knapp über dem Landesdurchschnitt blieb das Wachstum dieser Städte lediglich in Freiburg im Breisgau mit + 61,9 Prozent, knapp darunter in Ulm mit + 59,9 Prozent. Bereits an dritter Stelle konnte sich Stuttgart mit + 54,8 Prozent platzieren.

... vor allem wegen erstaunlicher Dynamik des Verarbeitenden Gewerbes

Wesentliche Ursache für diese gesamtwirtschaftliche Dynamik der Stadt Stuttgart ist die erstaunliche Entwicklung ihres Produzierenden Gewerbes, dessen Bruttowertschöpfung im genannten Zeitraum mit + 65,7 Prozent erheblich stärker angestiegen ist als in allen anderen Stadtkreisen des Landes und sogar den Landesdurchschnitt (+ 64,3 %) übertroffen hat. Dabei wurde innerhalb des Produzierenden Gewerbes die Wertschöpfung des Baugewerbes in Stuttgart (als einzigem Stadtkreis) sogar um - 5,5 Prozent abgebaut, doch hat das Verarbeitende Gewerbe um nicht weniger als + 95,4 Prozent zugelegt und damit um deutlich mehr als in Baden-Württemberg insgesamt (+ 66,3 %); bereits merklich abgeschlagen folgte Mannheim mit + 45,0 Prozent auf dem zweiten Platz.

Dagegen erzielte Stuttgart bei den Dienstleistungsbereichen den drittschwächsten Wertschöpfungszuwachs

Demgegenüber hat Stuttgart bei den Dienstleistungsbereichen mit + 49,5 Prozent den vor Mannheim (+ 48,2 %) und Heilbronn (+ 36,2 %) drittschwächsten Wertschöpfungszuwachs erfahren und den Landesdurchschnitt (+ 58,0 %) um 8,5 Prozentpunkte verfehlt. Zwar konnte Stuttgart bei den Öffentlichen und sonstigen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit + 58,4 Prozent etwas besser abschneiden als Baden-Württemberg insgesamt (+ 57,8 %), doch bei den beiden anderen dienstleistenden Wirtschaftszweigen betrug der Wachstumsabstand Stuttgarts zum Land jeweils rund zehn Prozentpunkte; bei Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation waren es + 63,4 zu + 73,0 Prozent und bei den Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern, Immobilienwesen + 38,0 zu + 47,9 Prozent. Gleichwohl haben die Dienstleistungsbereiche auch 2017 noch fast zwei Drittel der Bruttowertschöpfung Stuttgarts ausgemacht (64,8 %) und damit mehr als in Baden-Württemberg insgesamt (59,0 %); 2000 waren es in Stuttgart noch 67,1 Prozent bei 59,6 Prozent im Landesdurchschnitt.

Verarbeitendes Gewerbe sowie Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen in Stuttgart 2017 mit den höchsten Wertschöpfungsanteilen unter den Stadtkreisen des Landes, ...

Die Bruttowertschöpfung ist in Stuttgart auf zwei Wirtschaftszweige konzentriert, die 2017 einen Anteilswert von jeweils fast drei Zehnteln erzielten, nämlich das Verarbeitende Gewerbe mit 29,8 Prozent und die Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen mit 29,6 Prozent; in keinem anderen baden-württembergischen Stadtkreis hat einer der beiden Wirtschaftszweige 2017 höhere Quoten erreicht. Im Jahr 2000 waren in der Landeshauptstadt die Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Immobilienwesen mit einem Anteil von 33,2 noch gewichtiger, während das Verarbeitende Gewerbe damals bei 23,6 Prozent lag und damit bei weniger als in Ulm, Mannheim, Pforzheim und Heilbronn.

... dagegen bei Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation mit dem niedrigsten

Wenn zwei Wirtschaftszweige so dominieren, wird der Spielraum für die anderen naturgemäß enger. Es kann deshalb nicht wirklich verwundern, wenn Stuttgart – trotz bedeutender Firmen – bei Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation sowohl 2000 mit 16,7 Prozent als auch 2017 mit 17,6 Prozent die geringsten Anteilswerte unter den Stadtkreisen des Landes aufweisen konnte und bei den Öffentlichen und sonstigen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit 17,2 beziehungsweise 17,6 Prozent ziemlich genau im Landesdurchschnitt lag.

Autor:
Dr. Werner Münzenmaier
Telefon: (0361) 34 32 84 63
E-Mail: hw-muenzenmaier@t-online.de

1 Dr. Werner Münzenmaier war Referatsleiter im Finanzministerium und zuvor Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

2 Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es setzt sich zusammen aus der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen. Auf der ersten sektoralen Ebene werden die drei Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereiche unterschieden. Zu den hier verwendeten Daten vgl. Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Herausgeber): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 2, Band 1: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2017, Berechnungsstand August 2018, Stuttgart, August 2019.

3 Vgl. unten Abbildung 4.

4 Vgl. zum Beispiel Münzenmaier, Werner: Region Stuttgart und Region Rhein-Neckar: Ein Vergleich anhand demografischer und gesamtwirtschaftlicher Eckdaten. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 4/2019, S. 127-131.

Stuttgart in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 2018/2019



Rund

50 000 aktuelle Zahlen

zum
wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Leben in Stuttgart

mit Großstadt- und Regionalvergleich

64. Jahrgang 2018/2019

ISSN 1431-0988

346 Seiten, 100 Grafiken,
307 Tabellen,
2 Übersichtskarten

13 € (zuzüglich Versandkosten)

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

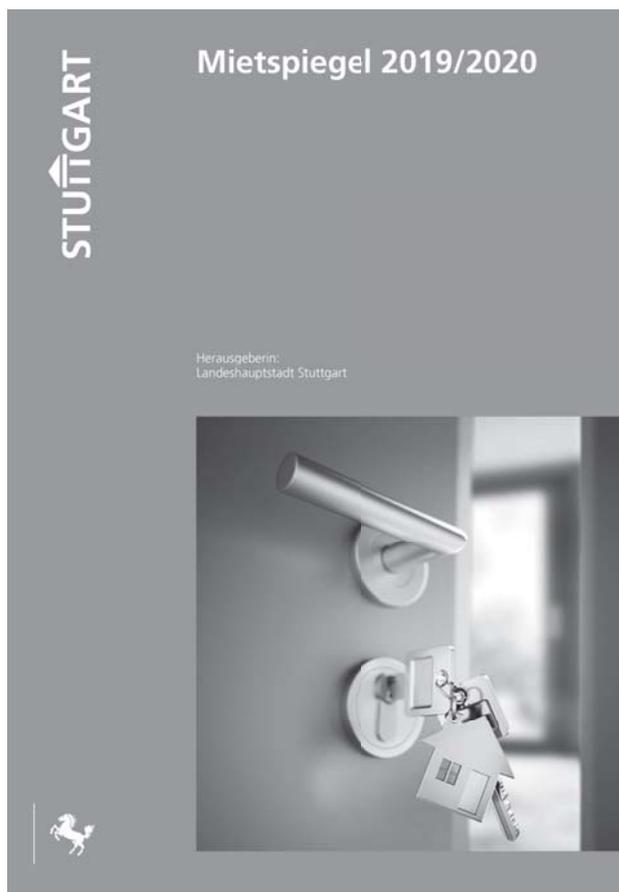
Eberhardstraße 37
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Mietspiegel 2019/2020



Qualifizierter Mietspiegel 2019/2020 für Stuttgart

Fortgeschrieben auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobenerhebung vom April 2018

7,00 € (zuzüglich Versandkosten)

**Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt**

Eberhardstraße 37
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Veröffentlichungen zu den Themen:

Die Gemeinderatswahl am 26. Mai 2019 in Stuttgart,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 2/2019

Anke Schöb:
Die Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2019 im Überblick,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 1/2020, S. 8-26

Thomas Schwarz:
**Kumulieren und Panaschieren – Wie nutzen die Stuttgarter
Wähler/-innen die Möglichkeiten des Stimmgebungsverfahrens
bei der Gemeinderatswahl 2019?,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 9/2019, S.268-278

Dr. Werner Münzenmaier:
**Region Stuttgart und Region Rhein-Neckar: Ein Vergleich anhand
demografischer und gesamtwirtschaftlicher Eckdaten,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 4/2019, S.127-131

**Wirtschaftliche Leistungskraft in Stuttgart und den anderen
deutschen Großstädten – Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts
je Erwerbstätigen 2000 bis 2014,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 7/2017, S.192-206